

Abschlussempfehlungen der Kommission »Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie«

a) Die Kommission und ihr Auftrag

Ausgangspunkt der Arbeit der Kommission war die Beobachtung, dass Ideen und Werte sozialer Demokratie und die Erfolge der Gewerkschaften in öffentlichen Erinnerungskulturen unterrepräsentiert sind. Dabei gehören diese Ideen und Werte zu den handlungstreibenden Kräften für die Gestaltung des Sozialstaates und somit zu den Grundpfeilern moderner Demokratien überhaupt.

Angesichts der Bedrohung der Demokratie durch einen neuen Autoritarismus, international wie in der deutschen Parteienlandschaft, sowie der Geringschätzung von Mitbestimmung und Workers' Voice auf europäischer Ebene gilt es, die soziale Demokratie als historische Errungenschaft zu würdigen und neu zu begründen. Die Gewerkschaften wissen aus ihrer Geschichte, dass freie Gewerkschaftsarbeit nur in der Demokratie möglich ist, und dass Demokratie zu schätzen lernt, wer sie praktiziert.

Daher hat die Kommission »Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie« in ihrer dreijährigen Arbeit wesentliche Aspekte einer Erinnerungsgeschichte der sozialen Demokratie aufgearbeitet. Soziale Demokratie wird verstanden als eine Idee, die Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet, und als soziale Bewegung, die diese Idee umsetzen möchte. Als Erinnerungskulturen gelten die vielfältigen und vielstimmigen Formen, durch die Vergangenes in den öffentlichen Bewertungshorizont der Gegenwart eingeordnet wird und Identifikationsmöglichkeiten bietet. Die Erinnerungsgeschichte widmet sich der Entwicklung von Erinnerungskulturen im Zeitverlauf.

Aufbauend auf der Erforschung der Erinnerungsgeschichte sollten Erinnerungskulturen befördert werden, die das Soziale der Demokratie stärker sichtbar machen. Dadurch kann auch das Bild der Gewerkschaften als wesentliche Gestalterinnen von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft stärker hervortreten. Es ging darum, die Voraussetzungen für Interventionen zu erarbeiten, die

von den Träger*innen der sozialen Demokratie als Orientierungs- und Handlungswissen in ihrer Erinnerungsarbeit genutzt werden können. Die Geschichte als wichtige Ressource der sozialen Demokratie sollte gestärkt und für die Zukunft nutzbar gemacht werden. Da Gewerkschaften als Akteurinnen und zugleich Gegenstand dieser Erinnerungskulturen dabei eine besondere Bedeutung zukommt, stehen sie im Fokus der folgenden Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Kommission.

b) Forschungsergebnisse der Kommission

Ausgehend von der Annahme einer Unterrepräsentation sozialer Demokratie in Erinnerungskulturen haben wir deren Entwicklung anhand beispielhafter Themen erinnerungsgeschichtlich untersucht. Diese Themen waren die Sozialversicherung, Gewerkschaften, Tarifverträge, Gleichheit, Mitbestimmung, die Gleichstellung der Geschlechter, Migration, die Europäische Idee, Repräsentation sozialer Demokratie in Museen, gewerkschaftliche Erinnerungen an den Nationalsozialismus, die Treuhandanstalt sowie »Alte« und »Neue« soziale Bewegungen.

Eine breit angelegte Untersuchung der gegenwärtigen Repräsentation sozialer Demokratie in den zentralen historischen Museen Deutschlands bestätigte die eingangs genannte Grundannahme. Neben der Meistererzählung der gelungenen politischen Demokratie finden Aspekte der sozialen Demokratie in der Arbeitswelt kaum Erwähnung.

Werden soziale Errungenschaften erwähnt, fehlt häufig der Verweis auf die sozialen Kämpfe, die zu ihrer Erreichung geführt werden mussten (Jäger; hier und im Folgenden verweisen Autor*innen-Nennungen ohne weitere Angaben auf Beiträge in diesem Band). Dies deckt sich mit der Beobachtung, dass schrittweise erreichte Verbesserungen, Einflüsse auf Sozialreformen und Erfolge des gewerkschaftlichen Kerngeschäfts der Tarifpolitik leicht in Vergessenheit geraten. Dies liegt zum einen an der umstrittenen Zuschreibung von Verantwortlichkeiten (Sozialversicherung) und zum anderen an der Komplexität der Gegenstände (Tarifpolitik). So wird die Durchsetzung sozialer Rechte erinnerungskulturell eher dem deutschen Sozialstaat als den Gewerkschaften zugeschrieben (Tschirbs; Rudloff; Lorke; Kott).

Ebenso unterrepräsentiert ist die betriebliche Mitbestimmung. Dies liegt vor allem an ihrem nicht öffentlichen bzw. lokal wirksamen Charakter, aber auch daran, dass die von Gewerkschaften formal unabhängigen Gremien von diesen früher durchaus kritisch betrachtet wurden (Milert). Dabei stehen gewerkschaftliche Erinnerungen immer auch im Wechselverhältnis zu anderen Sozialformationen als Erinnerungsträgerinnen, beispielsweise regionalen Kollektiven. Ein Einschrei-

ben der Erinnerungen – etwa an Arbeitskämpfe – in regionale Erinnerungskulturen kann deren Rezeption stärken und längerfristig sichern (Kellershohn).

Bei all den Themen fällt auf, dass sie wesentlich durch langwierige reformerische Prozesse vorangetrieben wurden. Dies trägt vermutlich dazu bei, dass so wenig an die soziale Demokratie erinnert wird; denn im Gegensatz zu revolutionären Ereignissen spiegeln sich soziale Reformen nicht in gesamtgesellschaftlich verankerten Narrativen wider, weil sie keine Held*innen bzw. Verlierer*innen zu bieten haben, wie es die medial geformte öffentliche Aufmerksamkeitsökonomie fordert (Richter).

Die gewerkschaftseigene Erinnerungsarbeit ist nach einem Boom in den 1970er und 1980er Jahren deutlich zurückgegangen, was auch neuerliche Versuche zur Wiederbelebung seit etwa zehn Jahren nicht grundsätzlich ändern konnten (Schneider). Zudem lässt sich eine Tendenz in Erfolgsgeschichten feststellen, die hauptsächlich etablierte männliche Industriearbeiter im Blick hat und andere Perspektiven vernachlässigt (Birke; Kellershohn; Gotto).

So ist die vielfältige Geschichte der Aktivitäten von Frauen in Gewerkschaften noch weitgehend unerforscht und noch kaum Teil von Erinnerungen (Fuhrmann). Ähnliches gilt für migrantische Perspektiven (Goetze) und für Erinnerungen an soziale Kämpfe und soziale Rechte in der DDR und der Transformationszeit, obgleich diese eine bis in die Gegenwart reichende Nachwirkung haben (Brunner; Lorke). Auch stellen verbandsgeschichtliche Narrative nicht selten eigenes Handeln als erfolgreich dar, während dies zum Ereigniszeitpunkt selbst in Mitgliedschaft und Vorstand unterschiedlich bewertet wurde.

Neben diesen Themen ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte von Zerschlagung, Anpassung und Widerstand im Nationalsozialismus ein besonderer Bestandteil gewerkschaftlicher Erinnerungskulturen. Allerdings fehlt dabei weitgehend eine Perspektive auf die Gesellschafts- und Gewaltgeschichte des »Dritten Reiches« und die Folgen der Durchdringung großer Teile der Arbeiterschaft mit der Ideologie des Nationalsozialismus. Noch immer wird vorrangig an wenige Ereignisse und herausragende Persönlichkeiten des Widerstands erinnert (Meyer).

c) Thesen zum Status quo und zur Zukunft von Erinnerungskulturen sozialer Demokratie und der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften können auf zahlreiche Erfolge in ihrer Geschichte zurückblicken. Verständlicherweise liegt hier auch ein Fokus gewerkschaftlicher Erinnerungskulturen: Arbeitszeitverkürzungen, Teilhabe am materiellen Wohlstand und soziale Leistungen sind nicht vom Himmel gefallen. Daher halten wir es für

richtig und wichtig, dass Gewerkschaften die Öffentlichkeit verstärkt auf ihre Rolle in der Ausbildung unserer sozialen Demokratie hinweisen.

Der Blick auf sozialpolitische Errungenschaften darf jedoch nicht die bislang häufig vernachlässigten Perspektiven von Minderheiten in den Gewerkschaften verstellen. Unterbelichtet geblieben sind bisher auch Erfolge, die sich nicht an ein konkretes politisches Vorhaben rückbinden lassen. Beispiele solcher in der Erinnerungskultur ausgeblendeten Erfolge sind die Aufstiegs- und Bildungsgeschichten von Arbeiter*innen und Migrant*innen in den Gewerkschaften, Erfahrungen mit demokratischen Mitbestimmungs- und Aushandlungsprozessen oder die Bedeutung betrieblicher Interessenvertretungen für die Herausbildung eines Selbstwertgefühls als Bürger*innen in einem demokratischen Gemeinwesen.

Diese Befunde verdeutlichen, dass eine Intensivierung etablierter Maßnahmen nicht ausreicht, um das oben formulierte Ziel zu erreichen. Um den Stellenwert des Sozialen in der Demokratie im öffentlichen Bewusstsein nachhaltig zu verankern und die Wertschätzung für die Gewerkschaften als Antriebskräfte der sozialen Demokratie zu steigern, sollte sich die Erinnerungsarbeit der Gewerkschaften neuen Ansätzen öffnen.

Die Kommission sieht sechs Anforderungen an den zukünftigen Umgang mit Geschichte:

1. Gewerkschaftliche Erinnerungskulturen schaffen Identifikationsmöglichkeiten für (potenzielle) Mitglieder. Diese können erweitert werden, wenn weibliche, migrantische, ostdeutsche und andere marginalisierte Perspektiven ebenso stärker berücksichtigt werden wie die Erfahrungen »atypisch« Beschäftigter.

Der historisch beständigen organisationspolitischen Prägung der Arbeiterbewegung durch Männer entsprechend fokussieren auch gegenwärtige Erinnerungen eine männlich geprägte industrielle Arbeitswelt und die männliche Funktionärsschaft der Gewerkschaften. Die Existenz von Frauen, nicht-binären und queeren Personen in der Geschichte wird dadurch überdeckt.

Vielfältige Perspektiven hingegen ermöglichen einer Mitgliedschaft, die sich immer mehr vom Idealtypus des »Malochers« entfernt hat, in den Erzählungen zur Geschichte der Gewerkschaften Verbindungen zu der eigenen Biografie zu entdecken. Das bedeutet, dass nicht nur die Sichtweisen von Frauen sowie von Migrant*innen auf Gewerkschaftsgeschichte in weit höherem Maße als bisher berücksichtigt werden sollten, sondern auch die Perspektiven von nicht-binären und queeren Personen.

Zudem schlagen wir vor, die Vielstimmigkeit gewerkschaftlicher Erinnerungskulturen zu erweitern, indem Funktionsträger*innen unterer Gliederungen und an der »Basis« aktive Mitglieder auch bei Erinnerungsanlässen mit überregionalem Charakter stärker berücksichtigt werden.

Darüber hinaus gilt es, »atypische« Beschäftigungsformen und damit zusammenhängende Kämpfe zu thematisieren. Schließlich könnte durch eine stärkere Auseinandersetzung mit den Erfahrungen und auch den Hindernissen beim Aufbau einer sozialen Demokratie in Ostdeutschland eine noch weitgehend bestehende erinnerungskulturelle Lücke geschlossen werden.

2. Zu einer offenen Erinnerungsarbeit gehören auch die Ambivalenzen in der Gewerkschaftsgeschichte, die von den Erfolgsgeschichten der Modernisierung und der sozialen Marktwirtschaft verdeckt werden.

Demokratische Erinnerungskulturen leben von der Konkurrenz und Akzeptanz unterschiedlicher Sichtweisen. Dazu gehört auch weiterhin der Verweis auf errungene Erfolge. Die Erinnerungsarbeit ist aber eine Chance, sich aus der zeitgenössischen Perspektive zu lösen, die sich einer Selbstrechtfertigung im politischen Wettbewerb verpflichtet sieht. Erst in der Rückschau werden die zuweilen ambivalenten Konsequenzen sichtbar, die gewerkschaftliches Handeln nach sich gezogen hat.

Wir empfehlen daher einen offeneren Umgang mit der eigenen Geschichte, der berücksichtigt, dass gewerkschaftliche Entscheidungen Gewinner*innen und Verlierer*innen hatten. Der inklusiven Solidarität der Gewerkschaften entspricht es, diesem Aspekt Raum in der eigenen Erinnerungsarbeit zu geben.

3. In der Geschichte der sozialen Demokratie liegen vergessene Potenziale, die Gestaltungsideen für die Zukunft klarere Konturen geben können.

Die Geschichte der sozialen Demokratie bietet neben den erreichten Erfolgen auch nicht verwirklichte Ideen demokratischen Lebens, Wirtschaftens und Arbeitens. Dies gilt für genossenschaftliche und gemeinwirtschaftliche Ideen und Praktiken, eine demokratischere Ausgestaltung der sozialen Sicherung, für Mitbestimmung und Demokratie in der Arbeitswelt, für die Transformation der ostdeutschen Bundesländer nach 1989 und für Entfaltungsräume von Frauen in der frühen Gewerkschaftsgeschichte.

Auch wenn historische Erfahrungen keine Handlungsanweisungen für die Gegenwart sein können, kann eine Neubesinnung auf solche in Vergessenheit geratenen Ansätze gewerkschaftliche Werte in aktuellen Auseinandersetzungen stärken.

4. Erinnerungspolitische Zusammenarbeit erhöht die Reichweite und Nachhaltigkeit gewerkschaftlicher Erzählungen.

Wir empfehlen, Ideen und Erfolge sozialer Demokratie in Erzählungen zu vermitteln, die nicht ausschließlich mit Gewerkschaftsgeschichte und gewerkschaftlicher Erinnerungskultur zusammenhängen: Wo ein Streik Teil regionaler Erinnerungskultur geworden ist, kann er auch für (Noch-)Nicht-Gewerkschafter*innen identitätsstiftend sein.

Beispielsweise sollte der gewerkschaftliche Einsatz für Equal Pay stärker in den Erinnerungskulturen der Frauenbewegungen verankert werden, damit frauenpolitische Aktivitäten der Gewerkschaften auch von denjenigen Personen wahrgenommen werden können, die ihnen bislang fernstanden. Ein solches Vorgehen ermöglicht eine Zusammenarbeit mit Akteur*innen aus anderen Bereichen wie – um bei den Beispielen zu bleiben – regionalen Museen oder Träger*innen feministischer Erinnerungskulturen und der Frauengeschichte.

Für diesen Ansatz ist es zudem notwendig, sich wieder stärker auf die Gewerkschaftsgeschichte »vor Ort« zu besinnen. Regionale und lokale Zugänge können dazu beitragen, Gewerkschaften zu zeigen als in der Gesellschaft breit verankerte Akteurinnen, die zusammen mit Partner*innen der Zivilgesellschaft das Soziale in der Demokratie nachhaltig vorantreiben.

5. Gewerkschaftliche Erinnerungsarbeit sollte mediale Aufmerksamkeitsökonomie nutzen, ohne sich von dieser einschränken zu lassen.

Die mediale Aufmerksamkeit für historische Themen zu Jahrestagen ist kalkulierbar und muss von Gewerkschaften stärker genutzt und langfristig geplant werden. Dennoch dürfen die Erinnerungsanlässe nicht auch die Gegenstände der Erinnerung festlegen. Für Themen, die sich nicht mit einem konkreten Datum assoziieren lassen, bedarf es daher eigener Formate und einer besonderen Agenda.

6. Kritische Perspektiven auf die eigene Geschichte unterstützen eine offene gewerkschaftliche Erinnerungskultur.

Die Kommission empfiehlt, kritische Perspektiven auf die eigene Geschichte zu fördern. Beispiele dafür sind die Gewerkschaftsausschlüsse in den 1970er Jahren, die Skandale um die gewerkschaftseigenen Unternehmen und der Umgang mit Migrant*innen. Ein (selbst-)kritischer Umgang mit eigenen Fehlern und Irrwegen in der Vergangenheit zeugt nicht nur von einer offenen Erinnerungskultur, sondern erweitert darüber hinaus kommunikative Anschlussmöglichkeiten in gesellschaftlichen Diskursen, die die Gestaltung einer sozialen Demokratie zum Gegenstand haben.

d) Was erinnern? Zukünftige Herausforderungen und historische Erfahrungen

Es ist immer die Gegenwart, von der Erinnerungen ausgehen. Gewerkschaftliche Erinnerungsarbeit, die gegenwärtig Handelnden aufzeigen will, dass Wirtschaft und Gesellschaft mit den Werten Freiheit, Gleichheit sowie soziale Gerechtigkeit gestaltbar sind, sollte sich daher auf Themen fokussieren, die drei Kriterien entsprechen: Sie müssen erstens einen Bezug zur Lebenswelt der Zielgruppen haben, zweitens Politikfelder berühren, die die Gewerkschaften gegenwärtig oder in naher Zukunft bearbeiten, und drittens gesellschaftliche Debatten aufgreifen. Vor diesem Hintergrund schlagen wir vor, Schwerpunkte auf folgende Themenkomplexe zu legen, die sich aus den oben skizzierten Thesen ableiten:

1. Demokratische Beteiligung und Mitbestimmung

Demokratische Beteiligung und Mitbestimmung bleiben angesichts ihrer Bedeutung für die soziale Demokratie und der andauernden Bedrohungen bestehender Mitbestimmungsregelungen zentrale Themenfelder gewerkschaftlicher Erinnerungskultur. Allerdings sammeln immer weniger Personen eigene Erfahrungen mit Mitbestimmung in der Arbeitswelt.

Demokratische Beteiligung jenseits der Arbeitswelt – in der Politik, in Bewegungen, Initiativen, Vereinen usw. – sollte daher in der Erinnerungsarbeit mit betrieblicher und Unternehmensmitbestimmung verbunden werden. Auf diese Weise können die Erfolge der Demokratie in der Arbeitswelt wachgehalten und mit den Erfahrungen jüngerer Generationen verbunden werden.

Wichtig wäre auch, an die jeweiligen Möglichkeiten und Grenzen von Beteiligung, nicht zuletzt in Gewerkschaften, zu erinnern: Wie stand und steht es beispielsweise um die Beteiligung von Migrant*innen und Frauen? Zudem empfehlen wir, an Demokratisierungsansprüche in noch nicht umgesetzten vergangenen Mitbestimmungsforderungen zu erinnern, die den Blick auf gegenwärtige Herausforderungen erweitern können (worauf die Erinnerung an betriebliche und Unternehmensmitbestimmung aufbauen kann, siehe insb. Milert; Gotto; Goeke; Fuhrmann).

2. Tarifpolitik und Arbeitskämpfe

Durch Arbeitskämpfe und Tarifpolitik errungene Erfolge bilden ein Kernelement gegenwärtiger gewerkschaftlicher Erinnerungskulturen. In Zeiten sinkender Tarifbindung und sich verändernder Voraussetzungen für Arbeitskämpfe kann eine

Stärkung und Erweiterung dieser Erinnerung helfen, die Relevanz kollektiven Handelns ins Bewusstsein zu heben und sich in eine Tradition von Interessenvertretung zu stellen.

Beispiele für solche Themen sind die gewerkschaftliche Arbeitsvermittlung (»Arbeitsnachweis«) als Arbeitskämpfungsmittel, vor allem in nicht streikfähigen, oft weiblich dominierten Branchen im Kaiserreich, die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen in der Weimarer Republik, Streiks außerhalb von Tarifrunden, Auseinandersetzungen um Arbeitszeit sowie die geschlechterpolitische Dimension von Streiks (eine umfangreiche Erinnerungsgeschichte des Tarifvertrages bietet Tschirbs; mit der Erinnerung an Streiks beschäftigen sich Kellershohn und Birke).

3. Gewerkschaften in der Vereinigungs- und Transformationszeit

Gewerkschaftliche Erinnerungskulturen sind bisher weitgehend westdeutsch geprägt. Die in den letzten Jahren verstärkte erinnerungskulturelle Auseinandersetzung mit der DDR, ihrem Ende, der Transformationszeit und den Folgen für heute, sollte von den Gewerkschaften aufgegriffen werden.

Das Wirken der DGB-Gewerkschaften in den sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungsprozessen, die Kämpfe ostdeutscher Beschäftigter gegen Werkschließungen, der Umgang des DGB mit den Gewerkschaften in der DDR und ihren Traditionen sowie mit arbeitsspezifischen Geschlechtervorstellungen ab 1990 sind Themen von gesamtdeutscher Relevanz und zudem zentral, wenn Gewerkschaften ihre Situation in den Bundesländern auf dem ehemaligen Gebiet der DDR verstehen wollen (siehe Böick/Rau).

4. Wandel der Arbeitswelt

Diskussionen um die Arbeit der Zukunft prognostizieren einen grundlegenden Wandel von Arbeitsverhältnissen, der auch die Demokratie in der Arbeitswelt und gewerkschaftliche Vertretung in ihrer jetzigen Form in Frage zu stellen scheint. Doch seit der Entstehung von Kapitalismus und freier Lohnarbeit waren Arbeit und ihre politische Vertretung immer im Wandel.

Wir empfehlen, frühere Automatisierungs- und Rationalisierungsaueinandersetzungen und Ideen einer Humanisierung der Arbeitswelt auch erinnerungspolitisch stärker in den Blick zu nehmen. Dafür lassen sich die Ergebnisse der von der HBS geförderten Forschungen zur Humanisierung der Arbeit nutzen.

Zudem hatte und hat der Wandel der Arbeitswelt eine enorme geschlechterpolitische Bedeutung. Debatten um Telearbeit als Modell für arbeitende Mütter in den 1980er Jahren erinnern nicht zufällig an aktuelle Diskussionen um das

Homeoffice. Darüber hinaus empfiehlt sich angesichts des Gender Pay Gap und der häufig schlechten Bezahlung in »systemrelevanten Frauenberufen« ein kritischer Blick darauf, welche Berufe und Branchen bei Debatten um die Zukunft der Arbeit im Mittelpunkt standen und stehen – und welche, auch retrospektiv, eine stärkere Beachtung verdienen.

Nicht zuletzt beinhalten viele der in der Vergangenheit diskutierten Ideen und Überlegungen zur Zukunft der Arbeit Demokratisierungs- und Gerechtigkeitspotenziale, die dem gegenwärtigen, oft negativ geführten Zukunftsdiskurs positive Perspektiven verleihen könnten.

5. Ökologie und Klimaschutz

Ökologie ist in den letzten Jahrzehnten ein zentrales gesellschaftliches Konfliktfeld geworden, das auch innerhalb der Gewerkschaften immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Von welchen Erfahrungen kann eine sozialökologische Transformation zehren, die gegenwärtig unter dem Vorzeichen des Klimaschutzes steht? Wie reagierten die Gewerkschaften in den 1970er Jahren auf die »Grenzen des Wachstums«, die in der Klimakrise wieder diskutiert werden? Wie wurde der DGB zur ersten Großorganisation, die sich die Forderung nach einem Atomausstieg zu eigen machte?

Wie schlagen sich Spannungen zwischen Umweltschutz- und Arbeitsplatzinteressen in der Entwicklung gewerkschaftlicher Beschlusslagen nieder? Welchen Einfluss hatte die Umweltbewegung dabei auf die Gewerkschaften und wie beeinflussten die Gewerkschaften die Umweltbewegung?

Eine Berücksichtigung dieser Fragen in Forschung und Erinnerung könnte zu einem differenzierteren Blick führen, als es die noch verbreitete Gegenüberstellung von Umweltschutz und Gewerkschaften ermöglicht.

e) Maßnahmen: Vorschläge zur Revitalisierung der Erinnerungskulturen sozialer Demokratie

Die Kommission ist überzeugt, dass es neuer Vermittlungswege bedarf, um aktuelle Forschungsergebnisse zur Geschichte sozialer Demokratie und der Gewerkschaften in die Gesellschaft und insbesondere die Gewerkschaften zu vermitteln. Nur wenn diese Wege nachhaltig genutzt und neue Formate erprobt werden, und wenn der DGB und die Gewerkschaften die Vermittlungsangebote annehmen, können die Ergebnisse der Kommissionsarbeit langfristig zu neuem gewerkschaftlichen Orientierungs- und Handlungswissen werden.

Die Kommission hat daher ausführlich beraten, wie die unter c) aufgestellten Thesen und die unter d) vorgeschlagenen thematischen Schwerpunkte in konkreten Maßnahmen aufgegriffen werden können. Wichtig erscheint uns jedoch, zunächst die Aufbereitung, Vermittlung und Koordination von Gewerkschaftsgeschichte und Erinnerungspolitik strukturell zu stärken.

In diesem Sinne zielen die Vorschläge 1. bis 4. auf die Stärkung verschiedener Aspekte gewerkschaftlicher Erinnerungsarbeit unter Berücksichtigung der bisherigen Empfehlungen. Die Vorschläge 5. und 6. benennen darüber hinaus konkrete Projekte, die die Umsetzung der Thesen anstreben.

1. Ausbau und kontinuierliche Pflege des Portals www.gewerkschaftsgeschichte.de

Für die Umsetzung der vorgeschlagenen Thesen und auch zur erinnerungskulturellen Bearbeitung der unter d) genannten Themen ist ein Zugang zu allgemeinverständlichen historiografischen Texten, Originalquellen und einer lexikalischen Aufbereitung von Biografien und organisationsgeschichtlicher Rahmendaten aus der Gewerkschaftsgeschichte notwendig. Das Portal [gewerkschaftsgeschichte.de](http://www.gewerkschaftsgeschichte.de) bietet hierfür eine hervorragende Grundlage, die trotz ansehnlicher Nutzer*innenzahlen noch besser beworben werden kann.

Mit einem Ausbau und einer kontinuierlichen Bearbeitung des Portals verbinden sich folgende Zielvorstellungen: zum einen die Vielfalt der Gewerkschaftsgeschichte erkennbar zu machen (These 1), zum anderen das Angebot an pluralen Narrativen zu erhöhen (These 2). Darüber hinaus eröffnen sich damit Möglichkeiten, über erinnerungspolitisch kaum wahrgenommene oder gar verschüttete Alternativen in der Geschichte zu informieren (These 3). Zudem kann mit erleichtertem Wissenszugang, der durch den Ausbau und die kontinuierliche Pflege des Portals erreicht werden soll, die historische Rolle von Gewerkschaften in medialen Auseinandersetzungen und in der – nicht zuletzt gewerkschaftseigenen – politischen Bildung gestärkt werden. Schließlich ist ein zeitgemäßes und regelmäßig aktualisiertes Online-Portal unabdingbar für eine erfolgreiche erinnerungspolitische Social-Media-Arbeit.

Hierzu regen wir eine Erweiterung an, die aktuelle erinnerungspolitische Interessen und die Entwicklung der Forschung berücksichtigt. Als Autor*innen ließen sich Stipendiat*innen der HBS sowie einschlägige Historiker*innen gewinnen.

2. Einbindung gewerkschaftlicher Erinnerungskulturen in neue Medien

Angesichts des Wandels der Mediennutzung, vor allem in jüngeren Altersgruppen, bedarf es der Etablierung gewerkschaftlicher Erinnerungskulturen in neuen Medien. Diese erfordern andere Formen des Erzählens und Darstellens. Welche Potenziale bieten die Kanäle der Gewerkschaften auf Instagram, YouTube und Twitter? Wie kann die historisch-politische Bildung der Gewerkschaften auf die veränderte Mediennutzung reagieren? Bietet sich hier die Gelegenheit, vielfältige Perspektiven auf die Geschichte der Gewerkschaften (These 1) sichtbar zu machen?

Um mögliche Handlungsbedarfe zu eruieren, empfiehlt die Kommission einen Workshop, der Vertreter*innen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit sowie die Social-Media-Redaktionen von DGB und Gewerkschaften mit Expert*innen für die Digitalisierung politischer Bildung, Historiker*innen und Geschichtsdidaktiker*innen (Public History) zusammenbringt. Die Erfahrungen der Social-Media-Arbeit der Kommission sollten ebenfalls einbezogen werden.

3. Arbeitskreis »Gewerkschaftliche Erinnerungspolitik«

Um die gewerkschaftliche Erinnerungsarbeit nachhaltig zu gestalten, empfehlen wir, ein beim DGB angesiedeltes Gremium (Arbeitskreis) zur Koordination gewerkschaftlicher Erinnerungspolitik zu etablieren. Dieses kann auf dem Forschungs-Praxis-Transfer des Kooperationsprojekts Jüngere und Jüngste Gewerkschaftsgeschichte (HBS/AdsD) aufbauen.

Dieses Gremium kann die Erinnerungspolitik der Gewerkschaften koordinieren und damit Synergien schaffen. Die Bereitstellung von Ressourcen zur Organisation des Gremiums und die kontinuierliche Mitarbeit aller DGB-Mitgliedsgewerkschaften sehen wir als Voraussetzungen für einen möglichen Erfolg des Gremiums an. Als potenzielle Tätigkeitsfelder schlagen wir vor:

- Koordination erinnerungspolitischer Aktivitäten zu Jahrestagen
- Systematisierung und Stärkung bestehender Kontakte zu Museen, um eine angemessene Repräsentation der Institutionen, Werte und Akteure sozialer Demokratie zu erwirken
- Austausch bzgl. Jubilarehrungen (Rededispositionen usw.)

4. Förderung regionaler Erinnerungsorte für (den Kampf um) soziale Rechte

Eine Möglichkeit, die angestrebte Vielstimmigkeit in Erinnerungskulturen sozialer Demokratie (Thesen 1 und 2) zu stärken, sieht die Kommission in der Förderung lokaler/regionaler Erinnerungsorte. Wir schlagen vor, lokale Gewerkschafts-

gremien, betriebliche Akteure u. a. dabei zu unterstützen, ihre Perspektiven auf die Geschichte der sozialen Demokratie in verschiedenen Formen (Interviewprojekten, Denkmälern, Erinnerungstafeln, kleinen [Online-]Veröffentlichungen usw.) sichtbar zu machen.

In Kooperation mit lokalen und regionalen Museen und unter koordinierender Trägerschaft des Arbeitskreises »Gewerkschaftliche Erinnerungspolitik« sehen wir regionale Gewerkschaftsstrukturen und die Bildungseinrichtungen von DGB und Gewerkschaften in der idealen Position, eine solche Erinnerung zu fördern.

5. Pilotprojekt: Route der Mitbestimmung (Reiseführer Print/App)

Die Route der Mitbestimmung ist ein im Haus der Geschichte des Ruhrgebiets, in Verbindung mit der Kommission Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie, angelaufenes Pilotprojekt, das jüngere Generationen mit den Leistungen der Gewerkschaften bei der Durchsetzung sozialer Rechte vertraut machen will. Dazu werden regionale Erinnerungskulturen um die Geschichte sozialer Konflikte und der Mitbestimmung ergänzt und somit die vorgeschlagene Verbindung gewerkschaftlicher Erzählungen mit Erzählungen regionaler Erinnerungskulturen (These 4) umgesetzt. Anhand von Orten, Personen und Ereignissen aus der Arbeitswelt wird die Konflikt- und Demokratiegeschichte der Region vor Ort über Smartphones erlebbar gemacht.

Als Vorbild dient der gewerkschaftshistorische Reiseführer »Zerschlagung der Gewerkschaften 1933« des DGB aus dem Jahr 2013. Durch eine Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl Public History der Ruhr-Universität Bochum wird eine zeitgemäße Aufbereitung der Inhalte sichergestellt. Das inhaltlich-methodische Konzept und die digitale Infrastruktur können auf andere Räume übertragen werden und so mittelfristig deutsche Erinnerungsorte der Mitbestimmung der sozialen Demokratie und der Gewerkschaften im kollektiven Gedächtnis verankern.

6. Erforschung der Erinnerungsgeschichte sozialer Demokratie stärken

Die Forschungen der Kommission haben deutlich gemacht, dass die Erinnerungsgeschichte sozialer Demokratie ein fruchtbares Forschungsfeld ist, dessen Bearbeitung sich noch in vielerlei Hinsicht vertiefen lässt. Daher empfehlen wir, gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung und mit den themenfeldverbundenen parteinahen Stiftungen nach Abschluss der Kommission zu überlegen, wie und in welchem Zeitrahmen diese Forschung intensiviert werden kann.